

**Niederschrift
über die 46. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen**

Sitzung am :	Dienstag, den 19.09.2023
Sitzungsort:	Festhalle, Großer Saal

Beginn: 15:30 Uhr **Ende:** 22:30 Uhr

Anwesenheit:

Von 43 stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates sind 21 ständig anwesend.

Vorsitzender: Oberbürgermeister Steffen Zenner

Stimmberechtigtes Mitglied

Andre Bindl
Thomas Fiedler
Klaus Gerber
Sven Gerbeth
Stefan Golle
Eric Holtschke
Thomas Hoyer

Stimmberechtigtes Mitglied

Kerstin Knabe
Lars Legath
Thomas Mahler
Monika Mühle
Danny Przisambor
Petra Rank
Mirko Rust

Stimmberechtigtes Mitglied

Jörg Schmidt
Gerald Schumann
Sabine Schumann
Maik Schwarz
Prof. Dr. Dirk Stenzel
Bernd Stubenrauch

Zeitweise Anwesende:

Zeitweise anwesend sind 14 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates.

Stimmberechtigtes Mitglied

Dieter Blechschmidt
Mario Dieke
Ingo Eckardt
Alexandra Glied
Lars Gruber
Claudia Hänzel
Thomas Haubenreißer
Ronny Hering
Christian Hermann
Daniel Herold
Prof. Dr. Lutz Kowalzik
Thomas Salzmann
Frank Schaufel
Stephan Uhlig

während TOP

zeitweise anwesend ab TOP 2.1.
zeitweise anwesend bis TOP 3.15.
zeitweise anwesend ab TOP 1.4.
zeitweise anwesend bis TOP 3.14.
zeitweise anwesend bis TOP 3.16.
zeitweise anwesend ab TOP 2.1.
zeitweise anwesend ab TOP 1.1. bis TOP 3.15.
zeitweise anwesend bis TOP 3.4.
zeitweise anwesend ab TOP 2.2.
zeitweise anwesend ab TOP 2.1.
zeitweise anwesend bis TOP 3.16.
zeitweise anwesend bis TOP 3.16.
zeitweise anwesend bis TOP 3.4.
zeitweise anwesend bis TOP 3.15.

Abwesende:

Abwesend sind 8 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates.

Stimmberechtigtes Mitglied

Dirk Brückner
Tony Gentsch
Rico Kusche
Steve Lochmann
André Schatz
Uta Seidel
Gerd Steffen
Diana Zierold

Abwesenheitsgrund

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
unentschuldigt
unentschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

<u>Name</u>	<u>Funktion</u>	<u>Anwesenheit</u>
Frau Wolf	Bürgermeisterin Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Herr Kämpf	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Herr Krämer	Leiter Büro Oberbürgermeister/Sitzungsdienst	zu allen TOP
Frau Hein	Fachbedienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
Herr Nickel	Leiter Fachgebiet Gesamthaushalt	zu allen TOP
Herr Körner	Wirtschaftsförderer der Stadt Plauen	zu allen TOP
Herr Giller	Justiziar der Stadt Plauen	zu allen TOP
Frau Karch	Leiterin Kulturbetrieb der Stadt Plauen	bis TOP 5.6.
Herr Scheibner	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Frau Blume-Brake	Leiterin Haupt- und Personalverwaltung	zu allen TOP
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung	zu allen TOP
Herr Barg	Medien- und Öffentlichkeitsarbeit	zu allen TOP
Herr Ullmann	Leiter Fachgebiet Tiefbau	öffentlicher Teil
Herr Sorger	Tourismus, Marktwesen, Stadtmarketing	öffentlicher Teil
Herr Löffler	Leiter Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt	zu allen TOP
Herr Dr. Schreiter	Leiter Fachgebiet Brandschutz	öffentlicher Teil
Herr Wetzstein	Fachgebiet Brandschutz	öffentlicher Teil
Herr Leonhardt	Leiter Gesamt-Personalrat	zu allen TOP
Frau Ernst	Leiterin Personalrat	zu allen TOP
Herr Uebel	Energie- und Prozessmanager	öffentlicher Teil
Frau Pour	Energie- und Klimaschutzmanagerin	bis TOP 3.20.
Herr Brosig	Sachbearbeiter Verkehrsplanung	öffentlicher Teil

Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, FDP-Fraktion	entschuldigt
Frau Zobel, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion	zu allen TOP

Gäste

Herr Rico Gerstner, Ortswehrleiter Freiwillige Feuerwehr Straßberg	zu TOP 3.15
Herr Thomas Golle, Ortswehrleiter Freiwillige Feuerwehr Neundorf	zu TOP 3.15
Herr Olaf Schenk, Architekt, Firma s2plan Bauplanungsgesellschaft mbH	zu TOP 3.15.

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 43. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 06.06.2023
- 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 44. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 04.07.2023
- 1.4. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 45. (Sonder-)Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 12.07.2023
- 1.5. Beantwortung von Anfragen
- 1.6. Bekanntgabe von Beschlüssen aus den nichtöffentlichen Sitzungen des Stadtrates am 04.07.2023 und am 12.07.2023
- 1.7. Informationen des Oberbürgermeisters
- 2. Information**
- 2.1. Berichterstattung durch Vertreter des Vereins Mobile Jugendarbeit Plauen e.V. (MJA Plauen e.V.) gemäß Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 337-23**

- 2.2. Berichterstattung per 30.06. mit den wesentlichen Abweichungen zum Haushaltsplan für das Jahr 2023
Drucksachennummer: 0895/2023
- 3. Beschlussfassung**
- 3.1. Abberufung von sachkundigen Einwohnern
Drucksachennummer: 0911/2023
- 3.2. Neuberufung von sachkundigen Einwohnern
Drucksachennummer: 0912/2023
- 3.3. 13. Änderungssatzung zur Änderung der Hauptsatzung
Drucksachennummer: 0900/2023
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 352-23**
- 3.4. Einrichtung von zwei Planstellen „Sozialpädagogische Fachkräfte“ im Geschäftsbereich I, Fachbereich Jugend, Soziales, Schulen, Sport
Drucksachennummer: 0875/2023
- 3.5. Entfristung einer Planstelle im Geschäftsbereich Oberbürgermeister, Kulturreferat
Drucksachennummer: 0876/2023
- 3.6. Vertretung der Stadt Plauen in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Gasversorgung in Südsachsen“
Drucksachennummer: 0881/2023
- 3.7. Widerruf und Neuentsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes der Plauener Straßenbahn GmbH (PSB)
Drucksachennummer: 0882/2023
- 3.8. 1. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2024 nach § 8 Abs. 2 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz anlässlich des „Vogtländischen Musiktages mit Straßenfest“ am 14.01.2024
Drucksachennummer: 0891/2023
- 3.9. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme „Ausstellung Weisbachsches Haus, Fabrik der Fäden – Deutsches Forum für Textil und Spitze“
Drucksachennummer: 0906/2023
- 3.10. Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Gebühren auf den Wochenmärkten und dem Weihnachtsmarkt in der Stadt Plauen (Wochenmarkt- und Weihnachtsmarktgebührensatzung)
Drucksachennummer: 0884/2023
- 3.11. Entgeltordnung für die Wochenmärkte und die Weihnachtsmärkte der Stadt Plauen (Wochenmarkt- und Weihnachtsmarktentgeltordnung)
Drucksachennummer: 0885/2023
- 3.12. Satzung zur 1. Änderung der Satzung über das Abhalten von Wochenmärkten und dem Weihnachtsmarkt in der Stadt Plauen (Wochenmarkt- und Weihnachtsmarktsatzung)
Drucksachennummer: 0888/2023
- 3.13. Feststellung des Jahresabschlusses 2021 des Eigenbetriebes GAV
Drucksachennummer: 0878/2023
- 3.14. Einreichung einer Projektskizze im Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“
Drucksachennummer: 0892/2023
- 3.15. Schaffung einer neuen Ortsfeuerwehr Straßberg-Neundorf
Drucksachennummer: 0894/2023
- 3.16. Beschluss Maßnahmen- und Handlungskonzept des Verkehrsentwicklungsplans
Drucksachennummer: 0862/2023
- Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 331-23**, Stellungnahme der Verwaltung
- Antrag der AfD-Fraktion, **Reg. Nr. 332-23**, Stellungnahme der Verwaltung
- Antrag der Fraktion DIE LINKE, **Reg. Nr. 336-23**, Stellungnahme der Verwaltung
- Antrag der Fraktion DIE LINKE, **Reg. Nr. 341-23**, Stellungnahme der Verwaltung
- Änderungsantrag SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, **Reg. Nr. 351-23**
- 3.17. Beschluss zum gebietsbezogenen, integrierten Handlungskonzept (GIHK) „Plauen Nord“ im Rahmen des EU-Förderprogramms „Nachhaltige soziale Stadtentwicklung Europäischer Sozialfonds (ESF) Plus 2021 – 2027“
Drucksachennummer: 0879/2023

- 3.18. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme „Ersatzneubau Brücke Syra Theaterstraße“
Drucksachennummer: 0902/2023
- 3.19. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für das Regenrückhaltebecken an der Obermarxgrüner Straße
Drucksachennummer: 0890/2023
- 3.20. Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen für die Kommunale Wärmeplanung
Drucksachennummer: 0896/2023
- 3.21. Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme “Abbrüche nach Duldungsverfahren – Abbruch Julius-Fucik-Straße 23“
Drucksachennummer: 0877/2023
4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 46. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird von Oberbürgermeister Zenner durch Feststellung der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Gemäß § 39 SächsGemO weist Oberbürgermeister Zenner darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Gemeinderatsmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, und Stadtrat André Bindl, FDP-Fraktion, bestellt.

Oberbürgermeister Zenner gibt bekannt, dass die Tagesordnung des öffentlichen Teils wie folgt in der Reihenfolge der Behandlung geändert wird:

3.12. Drucksachennummer: 0888/2023

3.10. Drucksachennummer: 0884/2023

3.11. Drucksachennummer: 0885/2023

Zu Beginn der Sitzung wurden folgende Unterlagen ausgereicht:

Zu TOP 3.3. Antrag der FDP-Fraktion, **Reg. Nr. 357-23**

Zu TOP 3.16. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, **Reg. Nr. 354-23**
Stellungnahmen zu den Anträgen

1.1. Tagesordnung

Änderung der Reihenfolge im öffentlichen Teil – siehe TOP 1.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion DIE LINKE, bittet um Aufnahme eines Tagesordnungspunktes 1.8., um evtl. Rückfragen zu den Informationen des Oberbürgermeisters stellen zu können.

Oberbürgermeister Zenner empfiehlt diese Vorgehensweise nicht. Die Informationen des Oberbürgermeisters sind ausdrücklich als Informationen gedacht, nicht als Fragerunde.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 43. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 06.06.2023

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 43. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 06.06.2023 wird ohne Änderungen bestätigt.

1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 44. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 04.07.2023

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 44. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 04.07.2023 wird unter Beachtung der nachfolgenden Hinweise/Ergänzungen bestätigt:

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, bittet um Ergänzung seiner Aussagen auf Seite 8. Es sei nicht richtig, dass er nur die Rechtssicherheit der Alkoholverbotszone kritisiert habe. Korrekt sei, dass er diese Zweifel mit Daten und Fakten belegt hat. Er bittet darum, diese Daten und Fakten noch zu ergänzen.

Oberbürgermeister Zenner lässt prüfen, ob diese Ergänzungen noch aufgenommen werden sollen.

Gemäß § 26 Abs. 3 Geschäftsordnung kann Stadtrat Legath verlangen, dass seine Ausführungen in die Niederschrift aufgenommen werden.

Nachträgliche Ergänzung der Niederschrift – Seite 8:

Stadtrat Legath legt folgendes dar: Wenn man die genannten 15 Straftaten auf 15 Monate rechnet, wäre dies nur 1 alkoholbedingte Straftat pro Monat.

Wenn Ausnahmen zum Alkoholverbot für Stadtfeste generiert werden, hätte man das nächste Problem. Laut Statistik würde es bei Stadtfesten einen Wert von 0,07 Straftaten und im restlichen Stadtbereich einen Wert von 0,06 Straftaten pro Tag geben. Somit gäbe es bei Festen ein erhöhtes Aufkommen von Straftaten. Dieses Argument würde nach Meinung von Stadtrat Legath auch für den Postplatz zählen. Man könne doch nicht den Postplatz mit einem Stück Wald vergleichen, wo sich gefühlt nur 2 Leute begegnen. Am Postplatz begegnen sich Tausende – dort ist natürlich das Potential höher, um Straftaten zu begehen.

Nach Meinung von Stadtrat Legath wäre nach den vorliegenden Zahlen die Alkoholverbotszone nicht rechtssicher und könnte „gekippt werden“.

Man würde nur Unzufriedenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern schaffen und Gefahr laufen, dass das subjektive Sicherheitsgefühl und auch das Vertrauen in die Stadträte noch weiter sinken.

Durch das Alkoholverbot am Postplatz gäbe es einen Verdrängungseffekt, allerdings nicht in andere Stadtteile, sondern massiv in Privaträume - also außerhalb von Hilfebereichen.

Damit wäre nach Meinung von Stadtrat Legath dieses massiv wachsende Problem des Alkoholmissbrauchs noch mehr problematisiert. Man würde also mit dem Alkoholverbot keine Lösung, sondern ein größeres Problem schaffen.

Eine deutlich bessere Lösung wäre nach Meinung von Stadtrat Legath, eine Präsenz von Ordnungsamt und Polizei. Diese sollten in Kommunikation mit den Betroffenen gehen.

1.4. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 45. (Sonder-)Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 12.07.2023

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 45. (Sonder-)Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 12.07.2023 wird ohne Änderungen bestätigt.

1.5. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen aus der letzten Stadtratssitzung

1.6. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 04.07.2023

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat Herrn Lutz Armbruster zum kommissarischen Betriebsleiter des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung befristet vom 01.09.2023 bis maximal 31.08.2025, verbunden mit der Zahlung einer persönlichen Zulage zur Entgeltgruppe 15, für den Zeitraum der befristeten Übertragung höherwertiger Aufgaben gewählt.

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die befristete Niederschlagung einer Forderung der Stadt Plauen gegen den VFC Plauen e.V. in Höhe von 291.099,82 EUR zuzüglich weiterer Verzugszinsen für einen Zeitraum von bis zu 5 Jahren ab Genehmigung beschlossen.

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat beschlossen, den Verkauf des Flurstücks 1326, Gemarkung Kauschwitz, Größe 2781 m², zum Preis von 91.773 EUR (33 EUR/m²) antragsgemäß an Herrn Thomas Schurig „Beutezeit“ zu veräußern und hierzu rechtsaufsichtlich genehmigungsfähig zur Gesamtinvestitionssumme zu verpfänden

1.7. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass der EFRE-Fördermittelbescheid für die Stadt Plauen übergeben wurde.

Die Stadt Plauen hat den Zuwendungsbescheid für das EFRE-Förderprogramm „Nachhaltige integrierte Stadtentwicklung Haselbrunn mit Dobenuareal 2021 – 2027“ erhalten.

Somit kann in den nächsten Jahren in das Stadtgebiet Haselbrunn eine Summe von über 15 Mio. EUR investiert werden. Mit diesem Geld sei es auch möglich, das Schul- und Hortgebäude der Rückert-Oberschule zu sanieren.

2. Information

2.1. Berichterstattung durch Vertreter des Vereins Mobile Jugendarbeit Plauen e.V. (MJA Plauen e.V.) gemäß Antrag der CDU-Fraktion, Reg. Nr. 337-23

Oberbürgermeister Zenner begrüßt an dieser Stelle Frau Susann Schröther, Frau Anja Merkel und Frau Kerstin Kunze von der Mobilien Jugendarbeit Plauen e.V. und bittet um Berichterstattung gemäß Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 337-23**.

Frau Merkel und Frau Kunze erläutern anhand einer Bildschirmpräsentation den Arbeitsansatz der Mobilien Jugendarbeit und gehen dann im Besonderen auf die Fragestellungen des CDU-Antrages ein. U. a. wird darüber informiert, dass einmal im Monat Arbeitsmarktmentoren des Bildungsinstitutes Pscherer vor Ort am „Tunnel“ sind, welche die jungen Leute in ihre Maßnahmen vermitteln können, wenn diese das wollen.

Das Konzept Mobile Jugendarbeit als ein sozialpädagogisches Angebot erreicht mit seiner Methodik die Adressaten und setzt dort an, wo andere Hilfeangebote nicht mehr greifen. Als ordnungspolitische Maßnahme sei die Mobile Jugendarbeit allerdings nicht geeignet.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, bedankt sich für die Darstellung.

Seiner Meinung nach leistet die Mobile Jugendarbeit einen wertvollen Beitrag dafür, vorbeugend unterwegs zu sein und niederschwellige Angebote zu geben, damit Integration gelingen könne.

Man müsse überlegen, ob die Angebote, die man als Kommune gibt, zeitgemäß und richtig sind.

Die Frage sei, nach welcher Zeit man versuchen sollte, die Jugendlichen an Aufgaben heranzuführen.

Ziel sollte es sein, die Jugendlichen in Vereine bzw. in Arbeit zu bringen. Die Arbeitsloseninitiative sucht z. B. dringend junge Leute, die bei der Plauener Tafel helfen und unterstützen.

Dort findet nach Meinung von Stadtrat Schmidt eine wertvolle Integration statt.

Stadtrat Schmidt fragt nach, ob es in diese Richtung Gespräche mit der Arbeitsloseninitiative gegeben hat.

Frau Merkel antwortet, dass gerade die Arbeit der Mobilen Jugendarbeit im Stadtzentrum mittlerweile eine Daueraufgabe sei.

Aktuell seien viele Jugendliche in Arbeit (teilweise in sehr prekären Beschäftigungsverhältnissen). Allerdings gäbe es Probleme, das Leben nach deren Arbeit in den Griff zu bekommen. Es wurden auch bereits Jugendliche an die Arbeitslosenhilfe vermittelt.

Oberbürgermeister Zenner fragt nach, ob es Gespräche mit der „Plauener Tafel“ gab.

Frau Merkel antwortet, dass es Gespräche mit Frau Schumann von der „Plauener Tafel“ gab.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, bedankt sich für die Arbeit der Mobilen Jugendarbeit. Er fragt nach, wie sich die VZÄ in der Mobilen Jugendarbeit in den letzten Jahren entwickelt haben. Weiterhin möchte Stadtrat Legath wissen, wie die Entwicklung der Wohnungslosigkeit bei Jugendlichen ist. Eine weitere Frage ist, was notwendig wäre, um auch Hilfe in anderen Stadtteilen anbieten zu können.

Frau Kunze antwortet, dass die von verschiedenen Einrichtungen gestellten Straßensozialarbeiter im Laufe der Jahre immer weniger geworden sind. Derzeit gibt es 3,6 VZÄ (Vollzeitäquivalente) bei der Mobilen Jugendarbeit. Um andere Stadtteile mit abdecken zu können, wäre eine feste Finanzierung von neuen Mitarbeitern notwendig. Es gibt viele Bedenken bei den Jugendlichen auch im Hinblick auf die mögliche Erhöhung der Betriebskosten für Wohnraum.

Viele haben ihre Wohnungen aufgegeben und wohnen jetzt mit bei Freunden. Ein großes Problem seien derzeit junge Leute, die mit dem 18. Lebensjahr aus einer betreuten Einrichtung entlassen werden und kaum eine Möglichkeit haben, bezahlbaren eigenen Wohnraum zu finden.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, merkt an, dass die Vorstellung der Arbeit der Mobilen Jugendarbeit im Interesse eines guten Zusammenlebens aller Bürger der Stadt Plauen wichtig und notwendig sei.

2.2. Berichterstattung per 30.06. mit den wesentlichen Abweichungen zum Haushaltsplan für das Jahr 2023

Drucksachenummer: 0895/2023

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass steuerliche Entlastungen von Unternehmen durch den Bund zu Lasten der Kommunen gehen. Alleine in Sachsen würde das in den nächsten Jahren ca. 3 Mrd. EUR Steuerausfälle für sächsische Kommunen bedeuten. Außerdem werden die Umlagebeiträge an das Landratsamt Vogtlandkreis wieder steigen. Man rechnet mit 1,5 % bis 2 %. Es gäbe keinen Grund anzunehmen, dass der Haushalt der Stadt Plauen sehr solide und auskömmlich finanziert wäre. Nach wie vor befinde man sich in der Warnzone D. Deshalb sollten vorrangig alle begonnenen Projekte zu Ende gebracht und keine neuen Projekte begonnen werden.

Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, ist überrascht, dass die dargestellten Gewerbesteuereinnahmen nur geringfügig gesunken seien. Aus anderen Städten würde man von „brachialen Einbrüchen“ hören. Er fragt zum Punkt 3 (Gewerbe-, Einkommens-, Umsatzsteuer) nach, ob die dargelegten Zahlen tagaktuell sind. Gleichzeitig möchte Stadtrat Rust wissen, wann die Prognose zur Einkommens- und Umsatzsteuer vorgenommen wurde.

Frau Hein antwortet, dass die Prognose zum 30.06.2023 vorgenommen wurde. Man wartet nun auf die Orientierungsdaten vom SSG (Sächsischer Städte- und Gemeindetag) bzw. vom Land Sachsen, die Ende September 2023 vorliegen sollten. Dann können genauere Aussagen getroffen werden. Bei der Gewerbesteuer muss beachtet werden, dass die Auswirkungen der Absenkung der Gewerbesteuer für 2023 sich erst Ende 2024 bemerkbar machen, wenn die Bescheide eingehen.

In diesem Jahr ist die Prognose für die Vorauszahlungen leicht im Rückwärtstrend. Auswirkungen einer möglichen Absenkung der Konjunktur im IV. Quartal 2023 würden sich erst 2024 zeigen.

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt die in der Anlage dargestellte „Berichterstattung per 30.06. mit den wesentlichen Abweichungen zum Haushaltsplan für das Jahr 2023“ zur Kenntnis.

3. Beschlussfassung

3.1. Abberufung von sachkundigen Einwohnern

Drucksachenummer: 0911/2023

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft nach § 18 Abs. 1 Satz 1 SächsGemO Frau Johanna Franke als beratendes Mitglied im Kultur- und Sportausschuss **ab**.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 46/23-1

3.2. Neuberufung von sachkundigen Einwohnern

Drucksachenummer: 0912/2023

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft nach § 44 Abs. 2 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in Verbindung mit § 6 Abs. 2 der Hauptsatzung der Stadt Plauen widerruflich auf Vorschlag der CDU-Fraktion, Herrn Sebastian Heydel als beratendes Mitglied in den Bildungs- und Sozialausschuss.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 46/23-2

3.3. 13. Änderungssatzung zur Änderung der Hauptsatzung

Drucksachenummer: 0900/2023

- Änderungsantrag CDU-Fraktion, Reg. Nr. 352-23

Herr Sascha Giller, Justiziar der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Herr Giller teilt mit, dass der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, **Reg. Nr. 352-23**, in der vorliegenden Form nicht beschlussfähig ist. Die Zuständigkeit der Ausschussleitung ist keine Sache, die der Stadtrat entscheiden kann, dies ist Sache des Oberbürgermeisters. Inhaltliche Änderungen und Anpassungen der Ausschüsse müssten im Antrag konkretisiert werden (was genau in welchen Ausschuss verschoben werden soll).

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, erläutert den Antrag seiner Fraktion, **Reg. Nr. 352-23**.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, stellt einen Geschäftsordnungsantrag. Er ist der Meinung, dass der Antrag der FDP-Fraktion, Reg. Nr. 357-23, der weitergehende Antrag ist und somit als erstes behandelt und abgestimmt werden müsste.

Herr Giller erläutert nochmals, warum der Antrag nicht der weiterführende ist. Um den Antrag beschlussfähig zu machen, müsste dieser konkretisiert werden.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, versteht, was die FDP-Fraktion mit ihrem Antrag aussagen möchte. Er schlägt vor, die Vorlage zur Änderung der Hauptsatzung auf die nächste Stadtratssitzung zu verschieben.

Oberbürgermeister Zenner kann diesem Vorschlag nicht folgen, da die Änderung der Hauptsatzung im Zusammenhang mit der rechtzeitigen Aufstellung des Sitzungskalenders für 2024 zu sehen ist.

Oberbürgermeister Zenner stellt fest, dass der Antrag der FPD-Fraktion, **Reg. Nr. 352-23**, nicht der weiterführende Antrag ist und lässt weiter über den Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 357-23**, beraten und abstimmen.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, führt aus, dass der Wirtschaftsförderungsausschuss beibehalten und gestärkt werden soll. Gleichzeitig soll der Wirtschaftsförderungsausschuss von Oberbürgermeister Zenner geleitet werden.

Die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion lehnt die Verwaltungsvorlage und den Antrag der CDU-Fraktion ab.

Stadtrat Ingo Eckardt, FDP-Fraktion, führt aus, dass seine Fraktion bereits bei der Neuaufteilung der Geschäftsbereiche kritisiert hatte, dass die Themen Wirtschaftsförderung und Tourismus getrennt wurden. Er bittet darum, diesen „Querschnittsausschuss“ (Wirtschaftsförderungsausschuss) so zu belassen wie bisher.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, stellt einen Geschäftsordnungsantrag gemäß § 15 Abs. 1 h) der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Plauen auf Absetzen des Tagesordnungspunktes von der heutigen Tagesordnung. Die Vorlage sollte bis zur nächsten Stadtratssitzung am 17.10.2023 verschoben werden.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, spricht sich gegen diesen Geschäftsordnungsantrag aus. Die Vorlage sei ausreichend vorberaten worden.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag von Stadtrat Legath:

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen; 17 Nein-Stimmen; 5 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 46/23-3

Der Geschäftsordnungsantrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, merkt an, dass es kein gutes Zeichen wäre, den Wirtschaftsförderungsausschuss wegfällen zu lassen. Ein gemeinsamer Wirtschafts- und Verwaltungsausschuss würde seiner Meinung nach zeitlich sehr lange Sitzungen verursachen, so dass der Wirtschaftsförderer hier gebunden sei und seine Außenpräsenz deutlich reduziert wäre.

Beschluss zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion, Reg. Nr. 352-23:

§ 5 Bildung von beschließenden Ausschüssen

Als beschließende Ausschüsse werden gebildet

1. der Wirtschafts- und Verwaltungsausschuss

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen; 12 Nein-Stimmen; 6 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 46/23-4

2. mit elf Stadträten und je zwei Stellvertretern

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen; 20 Nein-Stimmen; 4 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 46/23-5

Der Änderungsantrag ist abgelehnt, da die notwendige absolute Mehrheit aller Mitglieder des Stadtrates (22 Ja-Stimmen) nicht erreicht wurde.

Stadtrat Sven Gerbeth, führt aus, dass der Auftrag des Antrages seiner Fraktion klar sei. Der Oberbürgermeister habe aber entschieden, dass dieser Antrag nicht beschlussfähig ist. Dies wurde zur Kenntnis genommen. Somit kann nun über die Verwaltungsvorlage abgestimmt werden.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die anliegende 13. Änderungssatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen; 11 Nein-Stimmen; 5 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/23-3

Die Verwaltungsvorlage ist abgelehnt, da die absolute Mehrheit aller Mitglieder des Stadtrates (22 Ja-Stimmen) nicht erreicht wurde.

3.4. Einrichtung von zwei Planstellen „Sozialpädagogische Fachkräfte“ im Geschäftsbereich I, Fachbereich Jugend, Soziales, Schulen, Sport
Drucksachenummer: 0875/2023

Frau Blume-Brake, Leiterin Fachbereich Haupt- und Personalverwaltung, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt nach, warum diese Vorlage nicht im Bildungs- und Sozialausschuss vorberaten wurde.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass Personalangelegenheiten im Verwaltungsausschuss vorberaten werden.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Einrichtung zwei weiterer Planstellen „Sozialpädagogische Fachkräfte“ im Fachbereich Jugend, Soziales, Schulen, Sport.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 46/23-4

3.5. Entfristung einer Planstelle im Geschäftsbereich Oberbürgermeister, Kulturreferat
Drucksachenummer: 0876/2023

Frau Blume-Brake, Leiterin Fachbereich Haupt- und Personalverwaltung, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, freut sich, dass das Ansinnen ihrer Fraktion jetzt so durchgeführt werden soll. Sie merkt an, dass bei der Aufgabenzuweisung für diese Stelle noch die Zusammenarbeit mit dem Kulturraum fehlen würde.

Stadträtin Rank fragt nach, wie die Aufgabenverteilung erfolgen soll und ob dies mit den derzeitigen Beschäftigten im Kulturreferat abgesprochen ist.

Frau Blume-Brake antwortet, dass die Ergänzung der Aufgabenzuweisung noch eingetragen wird. Die Verteilung der Aufgaben im Kulturreferat wurde schon besprochen. Diese könne sich aber im Laufe der Zeit noch ändern.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Entfristung der Planstelle „Mitarbeiter/in Kulturreferat“ im Geschäftsbereich Oberbürgermeister zum 31.12.2023 und damit die dauerhafte Einrichtung dieser Stelle.

Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/23-5

3.6. Vertretung der Stadt Plauen in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Gasversorgung in Südsachsen“
Drucksachenummer: 0881/2023

Oberbürgermeister Zenner erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage. Er weist darauf hin, dass es sich bei diesem Beschluss um eine Wahl handelt.

Oberbürgermeister Zenner fragt nach, ob offen gewählt werden kann. Hierzu erfolgt kein Widerspruch von den Stadtratsmitgliedern.

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen wählt Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, als Vertreterin der Stadt Plauen in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Gasversorgung in Südsachsen“.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/23-9

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen wählt Herrn Andreas Nickel, Fachgebietsleiter Gesamthaushalt, als Stellvertreter von Frau Hein zur Vertretung der Stadt Plauen in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Gasversorgung in Südsachsen“.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/23-10

3.7. Widerruf und Neuentsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes der Plauener Straßenbahn GmbH (PSB)
Drucksachenummer: 0882/2023

Oberbürgermeister Zenner erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen widerruft die Entsendung von Herrn Andreas Fries (Arbeitnehmervertreter der PSB) als Mitglied des Aufsichtsrates der Plauener Straßenbahn GmbH.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/23-11

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen bestimmt widerruflich Herrn Tommy Drechsler als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der Plauener Straßenbahn GmbH.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/23-12

3.8. 1. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2024 nach § 8 Abs. 2 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz anlässlich des „Vogtländischen Musiktages mit Straßenfest“ am 14.01.2024
Drucksachenummer: 0891/2023

Herr Körner, Wirtschaftsförderer der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage. Er teilt u. a. mit, dass der Handelsverband Sachsen und die IHK Chemnitz eine positive Stellungnahme eingereicht haben. Die Gewerkschaft verdi.-Bezirk Vogtland/Zwickau und die Kirchengemeinden haben von einer Stellungnahme abgesehen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die 1. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2024 nach § 8 Absatz 2 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz anlässlich des „Vogtländischen Musiktages mit Straßenfest“ am Sonntag, dem 14.01.2024, begrenzt auf den Bereich Rosa-Luxemburg-Platz 7 und des Nahversorgungszentrums Rosa-Luxemburg-Platz (Anlage 1)

Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen; 6 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/23-13

3.9. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme „Ausstellung Weisbachsches Haus, Fabrik der Fäden – Deutsches Forum für Textil und Spitze“
Drucksachenummer: 0906/2023

Frau Kerstin Karch, Leiterin des Kulturbetriebes der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, mahnt im Namen seiner Fraktion an, warum bereits zum wiederholten Male Mehrkosten für die „Fabrik der Fäden“ „durch gewinkt“ werden. Seine Fraktion hat bereits mehrfach diese Mehrkosten kritisiert. Man müsse wohl auch davon ausgehen, dass dies nicht die letzten überplanmäßigen Auszahlungen sein werden. Es habe den Anschein, dass das ganze Projekt von Anfang an schlecht geplant gewesen sei. Stadtrat Holtschke verweist hierzu auf Auszüge in der Verwaltungsvorlage selbst. Kritikwürdig sei auch, dass den Mitgliedern des Stadtrates erst zur Sitzung des Kultur- und Sportausschuss am 21.09.2023 das Konzept zur „Fabrik der Fäden“ vorgelegt wird - nur 2 Monate vor der offiziellen Eröffnung.

Stadtrat Holtschke reicht folgende Anfragen in schriftlicher Form ein und bittet um schnellstmögliche Beantwortung:

- 1. Wie war das Vogtlandmuseum in den Bauablauf eingebunden?**
- 2. Wurden Planungsänderungen zeitnah kommuniziert?**
- 3. Haben die Mitarbeiter/innen des Vogtlandmuseums regelmäßig an Bauberatungen teilgenommen? Wenn ja, wer? Wenn nein, warum nicht?**
- 4. Wie viele Mitarbeiter/innen von "KOKO" waren oder sind in der Fabrik der Fäden tätig?**
- 5. Deckt der Mehrbetrag i. H. v. 400.000 Euro auch alle Nebenkosten der KOKO-Mitarbeiter/innen wie Reise-, Übernachtungs-, Personalkosten etc. ab oder ist hier mit weiteren außerplanmäßigen Auszahlungen zu rechnen?**

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, äußert sich ebenfalls zur vorliegenden Verwaltungsvorlage. Insbesondere in Bezug auf die Ausstattung von Schulen und Kindereinrichtungen sollte man nach Meinung von Stadträtin Hänsel aufgrund dieser immensen Ausgabe alles andere nicht aus den Augen verlieren.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, spricht das von Stadtrat Holtschke erwähnte Konzept zur „Fabrik der Fäden“ an. Den Mitgliedern des Stadtrates liegen bisher noch keine Unterlagen vor. Im März 2023 wurde versprochen, dass dieses Konzept so schnell als möglich vorliegen würde. Die Fraktion Die LINKE wird wohl der Vorlage notwendigerweise zustimmen, allerdings könne man die immer wieder anfallenden zusätzlichen Mittel langsam nicht mehr nachvollziehen. Man habe mehrfach im Kultur- und Sportausschuss nachgefragt, z. B. ob das Personal für die Planungen ausreichend sei. Auch das Marketingkonzept wurde bisher nur im Groben vorgestellt.

Stadträtin Alexandra Glied, CDU-Fraktion, führt aus, dass bei der Entscheidung für das Weisbachsches Haus von Anfang an Bedenken geäußert wurden, dass dies bei einem so alten Gebäude mit schwierigem Untergrund zu einem „Millionengrab“ werden könnte. Dies wäre aber den Mitgliedern des Stadtrates bekannt gewesen.

Das Ganze nun zu kritisieren und in Frage zu stellen, sei aus Sicht von Stadträtin Glied der falsche Weg. Natürlich sei es bedauerlich, dass noch einmal so viel Geld benötigt wird, welches auch für andere Zwecke hätte eingesetzt werden können, aber nunmehr sollte man das Projekt zum Abschluss bringen.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, merkt an, dass die Mehrinvestitionen im Bau vorher klar waren. Die zusätzlichen Mittel, die heute beschlossen werden sollen, beziehen sich aber auf die Ausstellungskosten.

Stadtrat Legath zitiert aus der Niederschrift über die Sonder-Stadtratssitzung am 12.07.2023: „Frau Karch...Ziel sei es aber, mit den eingangs genannten 1,94 Mio. EUR auszukommen...“.

Stadtrat Legath kritisiert, dass keine Konzeption vorgelegen habe, als man die Kosten aufgestellt hat bzw. dass dieses Konzept immer noch nicht vorliegt. Man müsse bereits jetzt Werbung für die „Fabrik der Fäden“ machen, aber es liegt auch noch kein Marketingkonzept vor.

Stadtrat Legath legt dar, dass seine „Schmerzgrenze“ für eine Zustimmung weit überschritten sei.

Stadtrat Holtschke kritisiert, dass die Unterlagen für die Beschlussfassung im Kultur- und Sportausschuss am 21.09.2023 den Mitgliedern noch nicht vorliegen. Es gibt keine Gelegenheit, diese Unterlagen vorher zu besprechen. Dies würde die Arbeit der Mitglieder des Stadtrates erschweren.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, kann die Frustration sehr gut verstehen. Man habe hier ein sehr großes Projekt, dass für die Stadt Plauen zukunftsweisend sei. Zu Beginn der Planung wurden viele Risiken angesprochen, wobei zu diesem Zeitpunkt Kosten und Fördermittel noch unklar waren. Es geht bei den heute zu beschließenden Mitteln um Dinge, die sich aufgrund von Planungsänderungen im Bau kurzfristig ergeben haben und im Vorfeld nicht zu erwarten gewesen wären. Der Baubereich und der Kulturbereich würden tagtäglich in engster Abstimmung zusammenarbeiten, um die Zeitschiene einhalten zu können.

Bürgermeister Kämpf führt weiter aus, dass aktuell bereits auf verschiedenen Ebenen Maßnahmen zum Marketing für die „Fabrik der Fäden“ laufen. Im Kultur- und Sportausschuss am 21.09.2023 soll ein breites Maßnahmenpaket vorgestellt werden.

Gemeinsames Ziel sei es, die „Fabrik der Fäden“ im November 2023 eröffnen zu können.

Stadtrat Ingo Eckardt, FDP-Fraktion, merkt an, dass es einen breiten Konsens für die „Fabrik der Fäden“ im Stadtrat gibt. Man macht aber darauf aufmerksam, dass hier in Größenordnungen deutlich mehr Steuermittel eingesetzt wurden und dass man damit möglichst sorgsam umgehen sollte.

Stadtrat Eckardt hat verschiedene Fragen:

Wie kann es sein, dass man eine Eingangsschleuse nicht geplant hat?

Maßnahmen zur Umsetzung der Barrierefreiheit sind nach Meinung von Stadtrat Eckardt bauliche Maßnahmen. Diese sollten eigentlich von vornherein in den Bau mit eingeplant sein.

Weiterhin sollte im Vorfeld bekannt gewesen sein, dass z. B. Winterdienst u. ä. bei solch einem Gebäude benötigt wird.

Es ist Stadtrat Eckardt nicht verständlich, dass Ausstellungs-, Betriebsbedarf bezüglich IT-Technik, Netzwerktechnik usw. erst jetzt aufgefallen ist.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, kritisiert, dass es am 12.07.2023 extra eine Sonder-Stadtratssitzung wegen erhöhter Kosten für das Weisbachsche Haus gab. Und nun fallen schon wieder Mehrkosten an. Dies sei ihrer Meinung nach keine vernünftige Arbeitsweise.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass in der o. g. Sonder-Stadtratssitzung Mehrkosten für Baumaßnahmen beschlossen wurden. Heute handelt es sich um Mehrkosten für die Ausstellungsgestaltung. Auch das Außengelände um das Weisbachsche Haus müsse noch ertüchtigt werden, so dass evtl. noch einmal Mehrkosten entstehen könnten.

Auch hierfür hat sich die Verwaltung um Unterstützung bemüht. Aus dem so genannten „Mauerfonds“ werden der Stadt Plauen Mittel für die Außengestaltung bereitgestellt.

Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, führt aus, dass die heute geübte Kritik, welche mehr oder weniger berechtigt sei, an ihn persönlich gerichtet werden müsse.

Stadtrat Stubenrauch hat sich im Jahr 2010 dafür eingesetzt, dass der von der Verwaltung vorgeschlagene Neubau des Museums nicht umgesetzt werden sollte. Stattdessen sollte das Weisbachsches Haus als eines der ältesten Manufakturgebäude Deutschlands sowie das Hempelsche Areal als Museum ertüchtigt werden. Dies wäre seiner Meinung nach die richtige Entscheidung gewesen. Allerdings vermisst Stadtrat Stubenrauch die entsprechende Initiative, dieses Museum auch international bekannt zu machen.

Stadträtin Rank weist nochmal darauf hin, dass sich die Kritik nicht gegen die „Fabrik der Fäden“ richtet. Kritisiert wird, dass immer noch Konzeptionen fehlen (Betreiberkonzept, Marketingkonzept).

Stadträtin Rank merkt an, dass der Antrag für Fördermittel an den Kulturraum bis Mitte August 2023 abgegeben werden musste. Sie fragt nach, was hier eingereicht wurde, da vom Kulturraum auch ein ordentliches Konzept gefordert war.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, ist der Meinung, dass sachliche Kritik an der Verwaltung geübt werden könne und solle. Diese Kritik müsse aber berechtigt sein. Die hier geäußerte Kritik sei aber seiner Meinung nach nicht gerechtfertigt, da Konzepte vorliegen würden.

Frau Karch teilt mit, dass in den letzten Monaten immer wieder Teilkonzepte vorgestellt und ausgereicht wurden. Zum nächsten Kultur- und Sportausschuss am 21.09.2023 werden nun das Marketingkonzept, das Konzept zur Barrierefreiheit und das Konzept zur Vermittlung vorgestellt. Die bereits vorliegenden Teilkonzepte sind auch Teil des Fördermittelantrages an den Kulturraum. Die o. g. Konzepte, die am 21.09.2023 vorgestellt werden, werden dem Kulturraum nachgereicht. Der Kulturraum wurde darüber informiert.

Frau Karch merkt an, dass in der Sonder-Stadtratssitzung am 12.07.2023 Mehrkosten für den Bau beschlossen wurde. Zu diesem Zeitpunkt wäre nicht bekannt gewesen, wie viel tatsächlich benötigt würde. Warum keine Eingangsschleuse geplant war, kann nicht nachvollzogen werden. Auf jeden Fall sei diese notwendig.

Bei der Maßnahmenumsetzung der Barrierefreiheit handelt es sich hauptsächlich um Schilder und Wegführungen, die aufgebracht werden sollen. Hierzu wurden Fachleute beauftragt. Technik für die Personen war im Einzelnen nicht geplant. Dieser Fehler müsse im Kulturbetrieb gesucht werden.

Bei der Ausstattung mit IT-Technik sei man davon ausgegangen, dass diese Technik im Haus vorhanden sein würde. Hier gab es wohl anfängliche Abstimmungsprobleme untereinander.

Stadtrat Holtschke weist darauf hin, dass keiner der Anwesenden an dem Projekt zweifelt. Niemand hätte die Absicht, dieses Projekt „schlecht zu reden“. Trotzdem müsse Kritik erlaubt sein.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Antrag, stellt einen Geschäftsordnungsantrag gemäß § 15 Abs. 1a der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Plauen auf Ende der Debatte.

Stadtrat Legath spricht sich gegen diesen Geschäftsordnungsantrag aus. Er fragt nach, wann aufgefallen sei, dass man eine solche Ausstellung barrierefrei gestalten müsse.

Oberbürgermeister Zenner lässt diese Anfrage nicht mehr zu.

**Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 46/23-14**

Oberbürgermeister Zenner lässt nunmehr über die Verwaltungsvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung weiterer außerplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme Ausstellung Weisbachsches Haus, Fabrik der Fäden – Deutsches Forum für Textil und Spitze (21-0000002/0-00-501/281021/0910001) in Höhe von 400.000 EUR.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 46/23-14

- 3.10. Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Gebühren auf den Wochenmärkten und dem Weihnachtsmarkt in der Stadt Plauen (Wochenmarkt- und Weihnachtsmarktgebührensatzung)**
Drucksachennummer: 0884/2023

Herr Sorger, Leiter Tourismus, Marktwesen, Stadtmarketing, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die in der Anlage befindliche Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Gebühren auf den Wochenmärkten und dem Weihnachtsmarkt in der Stadt Plauen (Wochenmarkt- und Weihnachtsmarktgebührensatzung).

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/23-17

- 3.11. Entgeltordnung für die Wochenmärkte und die Weihnachtsmärkte der Stadt Plauen (Wochenmarkt- und Weihnachtsmarktentgeltordnung)**
Drucksachennummer: 0885/2023

Herr Sorger, Leiter Tourismus, Marktwesen, Stadtmarketing, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, die in der Anlage befindliche Entgeltordnung für die Wochenmärkte und die Weihnachtsmärkte der Stadt Plauen (Wochenmarkt- und Weihnachtsmarktentgeltordnung).

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/23-18

- 3.12. Satzung zur 1. Änderung der Satzung über das Abhalten von Wochenmärkten und dem Weihnachtsmarkt in der Stadt Plauen (Wochenmarkt- und Weihnachtsmarktsatzung)**
Drucksachennummer: 0888/2023

Herr Sorger, Leiter Tourismus, Marktwesen, Stadtmarketing, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung zur 1. Änderung der Satzung über das Abhalten von Wochenmärkten und dem Weihnachtsmarkt in der Stadt Plauen (Wochenmarkt- und Weihnachtsmarktsatzung).

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/23-16

3.13. Feststellung des Jahresabschlusses 2021 des EigB GAV

Drucksachennummer: 0878/2023

Herr vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, fragt zur Bilanz nach, warum die Forderungen gegenüber der Stadt Plauen ca. 400 TEUR höher als im Vorjahr sind.

Herr vom Hagen, antwortet, dass dies dem Stichtag geschuldet sei. Je nachdem, welche offenen Forderungen bestehen, sei dies nicht planbar. Diese Forderungen müssen dann im Folgejahr ausgeglichen werden.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen stellt den Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen fest.

Der Jahresüberschuss 2021 beträgt 495.780,26 EUR. Der sich dadurch ergebende Bilanzgewinn 2021 i. H. v. 516.684,40 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/23-19

3.14. Einreichung einer Projektskizze im Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur"

Drucksachennummer: 0892/2023

Herr Marcel Uebel, Energie- und Prozessmanager, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, eine Projektskizze im Förderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ einzureichen. Inhalt der Skizze soll die energetische Sanierung der Kurt-Helbig-Sporthalle sein. Sofern eine Förderung in Aussicht gestellt wird, sollen die entsprechenden Eigenanteile für die Maßnahme im Haushalt der Stadt Plauen bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/23-20

3.15. Schaffung einer neuen Ortsfeuerwehr Straßberg-Neundorf

Drucksachennummer: 0894/2023

Oberbürgermeister Zenner begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Rico Gerstner, Wehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Straßberg und Herrn Thomas Golle, Wehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Neundorf.

Weiterhin ist Herr Olaf Schenk, Architekt der Firma s2plan Bauplanungsgesellschaft mbH, anwesend.

Oberbürgermeister Zenner erteilt allen 3 Herren im Laufe dieses Tagesordnungspunktes das Rederecht.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Herr Olaf Schenk, Architekt der Firma s2plan Bauplanungsgesellschaft mbH, stellt anhand einer Präsentation die Planung für den Neubau der gemeinsamen Feuerwache mit einer vierzügigen Variante vor.

Herr Rico Gerstner, Wehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Straßberg, legt die Sichtweise seiner Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Straßberg dar. Definitiv habe man nichts gegen den Neubau der Feuerwache in Neundorf. Die Neundorfer Wehr ist seiner Meinung nach als Primäreinheit berechtigt, einen Neubau zu bekommen.

Herr Gerstner legt dar, dass die Straßberger Kameraden sich gegen einen Zusammenschluss mit der Neundorfer Wehr ausgesprochen haben.

Laut Brandschutzbedarfsplan hat Straßberg die jüngste aktive Freiwillige Feuerwehr von Plauen mit einem Durchschnittsalter von 34 Jahren. Es gibt eine gut funktionierende Jugendfeuerwehr die stetig wächst. Gleichzeitig sind 10 Mitglieder der Straßberger Wehr im Katastrophenschutz tätig.

Sollte es heute zum Beschluss der Zusammenlegung der beiden Feuerwehren kommen, würden nach Meinung von Herrn Gerstner viele Kameraden aus der Freiwilligen Feuerwehr Straßberg austreten.

Herr Thomas Golle, Wehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Neundorf, sieht in der Zusammenlegung der beiden Wehren ein Bündeln von Kräften, eine Stärkung der Feuerwehrrarbeit im Plauener Westteil und eine Verbesserung des aktiven Brandschutzes sowie die Verbesserung des Schutzzieleerreichungsgrades für die gesamte Stadt Plauen.

Seiner Meinung nach habe die Zusammenlegung der beiden Feuerwehren einen großen Mehrwert für beide Ortschaften und für alle Kameraden.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, legt dar, dass die Freiwillige Feuerwehr Straßberg den Zusammenschluss mit der Freiwilligen Feuerwehr Neundorf ausdrücklich ablehnt. Dies sei mehrfach deutlich artikuliert worden.

Nach Meinung von Stadtrat Blechschmidt soll der Stadtrat der Stadt Plauen heute über einen „Zwangszusammenschluss“ abstimmen.

Die Mitglieder des Stadtrates sollen also ehrenamtlich Tätigen „diktieren, wie sie sich organisatorisch aufstellen sollen“. Das möchte Stadtrat Blechschmidt ausdrücklich nicht tun.

Natürlich gäbe es fachliche und finanzielle Gründe, die zu dieser Vorlage geführt hätten und korrekt wiedergegeben wurden. Stadtrat Blechschmidt bedankt sich bei der Verwaltung, für die ausführliche Kommunikation hierzu.

Stadtrat Blechschmidt merkt an, dass mindestens 10 Kameraden aus der Freiwilligen Feuerwehr austreten wollen, wenn dem Zusammenschluss der beiden Wehren zugestimmt wird.

Weiterhin würde die Ortschaft Straßberg eines der letzten Stücke ihrer Identität und Eigenständigkeit verlieren.

Stadtrat Blechschmidt informiert, dass der Ortschaftsrat Straßberg diese Vorlage einstimmig abgelehnt hat.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, bedankt sich bei den Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren für Engagement im Ehrenamt.

Die heutige Entscheidung sei sehr schwierig. Aufgrund der vorgelegten und begründeten fachlichen, sachlichen und finanziellen Argumente spricht sich die CDU-Fraktion für eine gemeinsame Freiwillige Feuerwehr Straßberg-Neundorf aus.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion DIE LINKE, führt aus, dass man hier den Neubau in Neundorf mit der Sanierung des Feuerwehrhauses in Straßberg für die Jugendarbeit vergleichen müsse. Bei einer Sanierung eines bestehenden Gebäudes müsse man auch mit Mehrkosten rechnen. Vielleicht wäre es dann sinnvoller, eine Feuerwache in Neundorf mit 3 Toren zu bauen und das Feuerwehrhaus in Straßberg mit einem Tor zu ertüchtigen.

Bürgermeisterin Wolf und Herr Dr. Schreiter, Leiter Fachgebiet Brandschutz, erläutern anhand einer Präsentation die Ertüchtigung des Feuerwehrgerätehauses in Straßberg für Zwecke der Jugendfeuerwehrarbeit. Diese Ertüchtigung würde die Ansprüche der Unfallkasse Sachsen als Einsatzstelle für eine Feuerwehr nicht erreichen.

In diesem Gebäude soll die Jugendarbeit für beiden Ortswehren sowie die Traditionspflege durchgeführt werden.

Bürgermeisterin Wolf ergänzt, dass das derzeitige Feuerwehrgerätehaus in Straßberg sehr klein ist und somit baulich nicht für eine einsatzfähige Feuerwehr ertüchtigt werden könne.

Die Verwaltung hat verschiedene Fördermöglichkeiten geprüft. Über die Feuerwehrförderung sind keine weiteren Mittel erhältlich, da hier das Budget völlig „ausgereizt“ sei.

Über das Förderprogramm „Vitale Ortskerne“ ist eine Förderung auch nicht möglich, da dort die Fachförderung Vorrang habe.

Da auch das Gemeindezentrum in Straßberg in vielen Bereichen instandsetzungsbedürftig ist, würde man mit der geplanten Ertüchtigung des bisherigen Feuerwehrgerätehauses für die Jugendarbeit auch gleichzeitig etwas für das Gemeindezentrum tun können.

Es sei möglich, für das Ortsteilzentrum eine Förderung vom Leader-Regionalmanagement zu erhalten. Somit könnten die 200 TEUR, welche für die Ertüchtigung notwendig wären, mit 75 % Fördermitteln kofinanziert werden.

Stadtrat Ingo Eckardt, FDP-Fraktion, vertritt die Meinung, dass die Zusammenlegung der beiden Ortsfeuerwehren ein Fehler sei. Er berichtet von ähnlichen Problemen, die es geben würde, wenn man die Ortsfeuerwehren Kauschwitz und Zwoschwitz zusammenlegen würde.

Stadtrat Eckardt betont aber, dass er die finanziellen Gründe für eine Zusammenlegung absolut nachvollziehen könne.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE, merkt zu den Aussagen von Stadtrat Blechschmidt an, dass es nicht gut sei, das Ehrenamt des Stadtrates gegen das Ehrenamt der Feuerwehr zu stellen.

Die Mitglieder des Stadtrates haben die Pflicht, für die Stadt Plauen die beste Entscheidung zu treffen. Diese wären aber oft nicht angenehm. Bei allem emotionalen Verständnis müsse trotzdem versucht werden, eine klare Entscheidung zu finden.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, wirbt dafür, bei der heutigen Entscheidung nicht das Trennende sondern das Verbindende – die gleichen Ziele der Kameradinnen und Kameraden im Ehrenamt zu sehen.

Die Mitglieder des Stadtrates seien einer sparsamen Haushaltsführung verpflichtet. Aus diesem Grund erscheint es sinnvoll, ein gemeinsames Feuerwehrhaus zu bauen, welches von beiden Feuerwehren gemeinsam genutzt werden kann.

Stadtrat Holtschke appelliert an die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Straßberg, den vorgeschlagenen Weg mitzugehen.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, führt aus, dass es eine schwierige Entscheidung sei. Aber die rationalen Gründe für einen Zusammenschluss würden überwiegen.

Der Vorschlag, das derzeitige Gerätehaus in Straßberg zu einem Stützpunkt für die Jugendfeuerwehrarbeit auszubauen, hält er für eine gute Idee.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, argumentiert, dass die neue Feuerwache in Neundorf möglichst bald gebaut werden sollte. Wenn dies aber das Ende der selbständigen Existenz der Freiwilligen Feuerwehr Straßberg wäre, sei der Preis nach Meinung von Stadtrat Gerbeth zu hoch.

Stadtrat Gerbeth hat bereits in der Vorberatung im Ausschuss kritisiert, dass die Fraktionen nicht schon eher zu diesem Thema informiert wurden. Seiner Meinung nach hätte eher bekannt gegeben werden müssen, dass nach der Sommerpause diese Vorlage zur Abstimmung vorgelegt wird.

Stadtrat Gerbeth führt aus, dass im Internet bei den Ausschreibungen unter der Referenz Nr. 603110/80/02/23/1-01 der Neubau Feuerwehrgerätehaus Neundorf bereits ausgeschrieben sei. Somit wären seiner Meinung nach zumindest Fachplanungen HLS ausgeschrieben.

Stadtrat Gerbeth fragt nach, ob mit dieser Ausschreibung nicht der heute vorgesehenen Beschlussfassung vorgegriffen wird.

Weiterhin möchte er wissen, wie weit diese Ausschreibung bereits gediehen ist und was mit der Ausschreibung geschehen würde, wenn die Vorlage heute nicht beschlossen wird.

Stadtrat Gerbeth merkt an, dass es in letzter Zeit aus beiden Ortschaften Zuspruch und Widerspruch zur geplanten Zusammenlegung gab.

Nach Meinung von Stadtrat Gerbeth wäre der Beschluss über die Zusammenlegung der beiden Feuerwehren und somit das Ende der Selbständigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Straßberg ein falsches Signal an viele, die sich in ihrer Stadt oder in ihren Ortsteilen ehrenamtlich engagieren.

Stadtrat Danny Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt nach, wie die Zeitschiene für den Ausbau des Jugendfeuerwehrzentrums im derzeitigen Feuerwehrgerätehaus Straßberg aussieht.

Bürgermeisterin Wolf teilt mit, dass es sich bei der genannten Ausschreibung um die HLS-Planungsleistungen handelt. Dies sei die Leistungsphase bis zur Einreichung der Genehmigungsplanung und die Fortführung von Planungsleistungen im HLS-Bereich.

Derzeit wird der Förderantrag erstellt, welcher im Oktober 2023 beim Vogtlandkreis eingereicht werden soll. Eine Fördermittelzusage erwarte man für nächstes Jahr, sodass die Planungen zeitnah weitergeführt und Ende 2024 Anfang 2025 ausgeschrieben und gebaut werden könnte.

Weiterhin führt Bürgermeisterin Wolf aus, dass der Eigenanteil von 50 TEUR für das Ortsteilzentrum Straßberg gedacht ist, in welchem die Jugendfeuerwehr einen Raum bekommen soll. Die technische Ausbildung der Jugendfeuerwehr soll aber im neuen Feuerwehrgerätehaus in Neundorf stattfinden.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass der Brandschutz in der Stadt Plauen in den letzten Jahren vernachlässigt worden sei. Beide Feuerwehrhäuser (Straßberg und Neundorf) wären marode und die Stadt Plauen sei verpflichtet, Abhilfe zu schaffen.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, wird die Vorlage ablehnen. Dies resultiere aus den Darlegungen von Bürgermeisterin Wolf, was in Straßberg an Jugendfeuerwehrarbeit stattfinden soll. Er sei davon ausgegangen, dass auch die technische Ausbildung der Jugendfeuerwehr komplett in Straßberg bleiben sollte.

Stadtrat Legath appelliert an die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Straßberg, ihrem Ehrenamt treu zu bleiben, egal, welcher Beschluss heute gefasst werden sollte.

Stadtrat Gerbeth fragt noch einmal nach, ob mit dieser Ausschreibung dem heutigen Stadtratsbeschluss vorgegriffen wurde und welche Auswirkungen es hätte, wenn heute nicht zugestimmt würde.

Bürgermeisterin Wolf antwortet, dass dem heutigen Beschluss nicht vorgegriffen wurde. Bisher seien auch keine Kosten entstanden.

Stadtrat Schmidt legt dar, dass es seiner Fraktion wichtig sei, dass das Ausbildungszentrum für die Jugendfeuerwehr in Straßberg bleiben sollte. Es soll dort nicht nur ein Begegnungsraum, sondern auch ein Schulungsraum/eine Ausbildungsstätte für junge Leute entstehen. Dies sei primäres Ziel.

Stadtrat Klaus Gerber, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erinnert an die Eingemeindung der verschiedenen Ortschaften. Einer der wichtigsten Punkte war, wie es mit den jeweiligen Ortsfeuerwehren weitergehen soll.

Damals habe Stadtrat Gerber gelernt, dass für eine Dorfgemeinschaft die jeweilige Feuerwehr, welche mehr oder weniger das kulturelle Leben des Ortes weit über einen Brandschutzbedarfsplan hinaus bestimmt und organisiert, eine sehr wichtige Rolle für das Zusammenhalten der Dorfgemeinschaft spielt.

Stadtrat Gerber tendiert dazu, der Straßberger Feuerwehr die Chance zu geben, selbstständig in ihrem Ort weiter tätig zu sein.

Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, merkt an, dass der ländliche Raum gestärkt werden solle. Man hatte angenommen, dass das Ausbildungszentrum für die Jugendfeuerwehr komplett in Straßberg bleibt. So wie dies jetzt dargestellt wurde, müsse man darüber noch einmal nachdenken.

Oberbürgermeister Zenner verweist auf die in der Vorlage ausgeführte Stellungnahme der Unfallkasse Sachsen bezüglich der Gegebenheiten vor Ort für die Jugendlichen im Gerätehaus Straßberg.

Herr Dr. Schreiter legt dar, dass die Jugendarbeit bei der Feuerwehr zu 50 % aus Feuerwehrarbeit mit technischem Bezug (Gerätetraining, Löschübungen) und zu 50 % aus Jugendarbeit (gemeinsames Spielen, Erlebnispädagogik) besteht. Es ist vorgesehen, die technische Feuerwehrarbeit am neuen Standort in Neundorf stattfinden zu lassen und die andere Hälfte – Jugendarbeit – am Standort in Straßberg. Hier könnte z. B. eine Tischtennisplatte zum gemeinsamen Spielen aufgestellt werden. Das Gerätehaus in Straßberg wäre nach dem Ausbau auch nach Meinung des Stadtjugendfeuerwehrwartes ein geeigneter Standort für diese Jugendarbeit.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Schaffung einer neuen Ortsfeuerwehr Straßberg-Neundorf am Standort Friedrich-Krause-Weg/Rittergut in Neundorf aus den Ortsfeuerwehren Straßberg und Neundorf unter Beibehaltung des bisherigen Standortes in Straßberg für Zwecke der Jugendfeuerwehrarbeit und Traditionspflege.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen; 12 Nein-Stimmen; 6 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/23-21

3.16. Beschluss Maßnahmen- und Handlungskonzept des Verkehrsentwicklungsplans

Drucksachenummer: 0862/2023

- Antrag CDU - *Reg. Nr. 331-23*
- Antrag AfD - *Reg. Nr. 332-23*
- Antrag DIE LINKE - *Reg. Nr. 336-23*
- Antrag DIE LINKE - *Reg. Nr. 341-23*
- Änderungsantrag SPD/Grüne/initiative-Fraktion, *Reg. Nr. 351-23*

Herr Markus Löffler, Leiter Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, erläutert den Antrag seiner Fraktion, *Reg. Nr. 331-23*.

Der Antrag der AfD-Fraktion, Reg. Nr. 332-23, wird von der Verwaltung angenommen. Es ist keine Beschlussfassung notwendig.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, erläutert den Antrag seiner Fraktion, *Reg. Nr. 336-23*.

Stadtrat Danny Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, merkt an, dass die Westtangente durch ein Gewerbeunternehmen geplant wurde. Diese sieht er momentan nicht als erforderlich.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, kann die Bedenken der Fraktion DIE LINKE nachvollziehen, kann aber dem Antrag nicht zustimmen.

Beschluss zum Antrag der Fraktion DIE LINKE, Reg. Nr. 336-23

Der Stadtrat beschließt:

1. Die unter Punkt 5.5 und 6.2.2 im Verkehrsentwicklungsplan aufgeführte Gewerbeerschließungsstraße „Nord-Ost“ wird herausgenommen.
2. Die unter Punkt 5.5 im Verkehrsentwicklungsplan aufgeführte „Verbindungsstraße West“ wird herausgenommen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen; 18 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 46/23-22

Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Stadtrat Danny Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert den Antrag seiner Fraktion, **Reg. Nr. 351-23**.

Stadtrat Blechschmidt, spricht sich gegen den Antrag aus.

Stadtrat Przisambor geht davon aus, dass mit dem Beschluss klargestellt wäre, dass Themen, die in die Umsetzungsreife kämen, dann auch im Ausschuss vorgestellt und zur Diskussion gegeben werden. Weiterhin legt er dar, dass ein Verkehrsentwicklungsplan kein Instandhaltungsplan sei. Insofern glaubt er, dass ohne diesen Zusatz weniger Unklarheit vorherrschen würde.

Beschluss zum Änderungsantrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, Reg. Nr. 351-23

Der Stadtrat beschließt:

1. Streichung der Worte „mit Ausbaupotential“ in Anlage 2, Punkt 4.3.
Bezug: Antrag CDU 331-23 und Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen; 16 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 46/23-23

Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

2. Abbildung 11 ist im Verkehrsentwicklungsplan beizubehalten und wird wie folgt ergänzt:
„30er Zone Straßberger Straße zwischen dem Ende des verkehrsberuhigten Bereichs und Trockentalstraße“

Bezug: Antrag CDU 331-23 und Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen; 18 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 46/23-24

Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

3. Die „Nord-Ost“-Trasse ist im Verkehrsentwicklungsplan auf die Kreuzung am Stadtwald inkl. Querung der Bahnlinie auf Hans-Sachs-Str. zu reduzieren.

Bezug: Antrag 336-23 und Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen; 19 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 46/23-25

Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass sich die Verwaltung der Punkte 1, 3, 4 und 5 des Antrages der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 331-23**, annimmt.

Somit ist hierzu keine Beschlussfassung notwendig.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert Punkt 2 des Antrages seiner Fraktion, **Reg. Nr. 331-23**.

Stadtrat Przisambor spricht sich gegen den Antrag aus.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE, kann die Diskussion nicht verstehen. Ein Verkehrsentwicklungsplan sei eine Richtlinie für die nächsten Jahre und kein „Umsetzungsplan“. Die hier beantragten Einzelmaßnahmen müssten seiner Meinung nach zum jetzigen Zeitpunkt nicht debattiert werden.

Beschluss zum Antrag der CDU-Fraktion, Reg. Nr. 331-23

Die Verwaltung nimmt sich der Punkte 1, 3, 4 und 5 des Antrages an.

Es ist keine Beschlussfassung notwendig.

Punkt 2

Die im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) mehrfach und sehr deutlich getroffene Festlegung zur grundsätzlichen Verkehrsberuhigung in allen Wohngebieten (z. B. Seite 97 oder Abbildung 11) wird aus dem VEP entfernt.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen; 12 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 46/23-26

Die im VEP vorgeschlagene Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Neundorfer Str. (S. 55 VEP) ist nicht weiter zu verfolgen, da hierfür weder eine Notwendigkeit noch ein Mehrwert zu erkennen ist.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen; 11 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 46/23-27

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE, erläutert die Anträge seiner Fraktion, **Reg. Nr. 341-23 und Reg. Nr. 354-23**.

Herr Löffler trägt die Stellungnahme der Verwaltung zu diesen Anträgen vor.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE, Reg. Nr. 341-23, sowie der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Reg. Nr. 354-23, werden von der Fraktion zurückgezogen.

Oberbürgermeister Zenner lässt nunmehr über die Verwaltungsvorlage abstimmen.

Beschluss zur Verwaltungsvorlage:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt das Maßnahmen- und Handlungskonzept des Verkehrsentwicklungsplans entsprechend Anlage 1 mit den Änderungen entsprechend Anlage 2 unter Beachtung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Plauen und der Finanzierungsbeiträgen von Bund, Land, Vogtlandkreis und Zweckverband ÖPNV unter Beachtung der gefassten Beschlüsse zu den Anträgen der Fraktionen.

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen; 4 Nein-Stimmen; 4 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 46/23-28

- 3.17. Beschluss zum gebietsbezogenen, integrierten Handlungskonzept (GIHK) „Plauen Nord“ im Rahmen des EU-Förderprogramms „ Nachhaltige soziale Stadtentwicklung “ Europäischer Sozialfonds (ESF) Plus 2021 – 2027**
Drucksachennummer: 0879/2023

Herr Markus Löffler, Leiter Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, fragt, was mit den vorgestellten Maßnahmen passiert, wenn nach 2027 die Förderung auslaufen sollte.

Herr Löffler antwortet, dass manche Projekte nur temporär angelegt sind. Bei den Projekten, die längerfristig angelegt werden, müsse man schauen, ob man diese in der neuen Förderperiode wieder mit aufnehmen kann.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, das in der Anlage befindliche gebietsbezogene, integrierte Handlungskonzept (GIHK) „Plauen Nord“ im Rahmen des EU-Förderprogramms „Nachhaltige soziale Stadtentwicklung“ ESF Plus 2021 – 2027 in seiner Fassung vom 07.07.2023, einschließlich der Anlagen 1 bis 6.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/23-29

**3.18. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme
“Ersatzneubau Brücke Syra Theaterstraße“
Drucksachenummer: 0902/2023**

Herr Steffen Ullmann, Leiter Fachgebiet Tiefbau, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 195.737,01 EUR für die Maßnahme “Ersatzneubau Brücke Syra Theaterstraße“ (Investitionsnummer 18-0000134).

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/23-30

**3.19. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für das Regenrückhaltebecken an der
Obermarxgrüner Straße
Drucksachenummer: 0890/2023**

Herr Steffen Ullmann, Leiter Fachgebiet Tiefbau, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, legt dar, dass seine Fraktion bereits bei Vorlage des Abwägungsbeschlusses zum Automobil- und Dienstleistungszentrum (ADZ) Müller nachgefragt hat, ob dieses Regenrückhaltebecken ausreichend geplant sei und ob der Gewässerschutz genügend berücksichtigt wurde.

Stadtrat Legath zitiert hierzu aus der Beantwortung zu einer Anfrage von seiner Fraktion.

Stadtrat Legath kann dieser Vorlage nicht zustimmen. Seiner Meinung nach hätte dieses Problem bereits im vorigen Jahr gesehen werden müssen.

Stadtrat Legath fragt nach, ob sich das ADZ Müller an der Finanzierung beteiligen wird.

Herr Ullmann erläutert, dass man hier die zeitliche Abfolge beachten müsse. Als die o. g. Anfrage der Fraktion DIE LINKE gestellt wurde, war das Wasserrecht und die dazugehörige Planungsleistung abgeschlossen. Die finanziellen Mittel waren auf den Vorentwurf eingeordnet gewesen.

Durch das Wasserrecht kamen Mehrforderungen hinzu. Die damalige Beantwortung war richtig. Beim Bau hat sich dann aber gezeigt, dass die damalige Planung doch nicht ausreichend war.

Herr Ullmann führt weiter aus, dass es 2 Regenrückhaltebecken gibt. Eins davon für das Industrie- und Gewerbegebiet Oberlosa Teil I. Dieses ist bereits abgerechnet.

Das 2. Becken befindet sich an der Obermarxgrüner Straße. Dort liegen 2 Flächen an. Eine davon wurde mit entsprechendem Vertrag an das ADZ Müller verkauft. Die Beteiligung des Investors ist lt. Vertrag nach oben gedeckelt.

Das 2. Grundstück konnte noch nicht verkauft werden.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen i. H. v. 112.827,40 EUR für das Regenrückhaltebecken an der Obermarxgrüner Straße (19-0000151).

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; 5 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 46/23-31

3.20. Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen für die Kommunale Wärmeplanung

Drucksachenummer: 0896/2023

Frau Paula Pour, Energie- und Klimaschutzmanagerin, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, wird dieser Vorlage nicht zustimmen.

Seiner Meinung nach ist die Schaffung von Planungs- und Investitionssicherheit vorrangig die Aufgabe der Bundesregierung. Dies sollte nicht auf nachgeordnete Institutionen übertragen werden.

Stadtrat Schumann führt weiter aus, dass die Erstellung eines Wärmeplanes per Gesetz vorgegeben und verpflichtend sei, so dass ein Stadtratsbeschluss dazu nicht erforderlich wäre.

Auch die angekündigte 100 %ige Förderung für finanzschwache Kommunen sei fraglich.

Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, merkt an, dass es Bestrebungen von Sachsen und Bayern gäbe, gegen das GEG (Gebäudeenergiegesetz) gesetzlich vorzugehen. Sollte dieses GEG beschlossen werden sollte und die Wärmeplanung umgesetzt würde, bedeutet dies, dass Hauseigentümer verpflichtet wären, einen bestimmten Anteil erneuerbarer Energien zu gewährleisten.

Oberbürgermeister Zenner legt dar, dass man gesetzlich verpflichtet ist, eine Wärmeplanung bis 2028 zu erstellen. Es gibt die Möglichkeit, Fördermittel für diese Maßnahme zu beantragen. Deshalb sei die Beschlussfassung heute wichtig.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, stellt einen Geschäftsordnungsantrag gemäß § 15 Abs. 1a) der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Plauen auf Beendigung der Aussprache.

Stadtrat Danny Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, spricht sich gegen den Geschäftsordnungsantrag aus.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen; 7 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 46/23-32

Oberbürgermeister Zenner lässt nunmehr über die Verwaltungsvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen für die Kommunale Wärmeplanung (2-60-305/561000/4291000) in Höhe von 133.520,00 EUR.

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen; 6 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 46/23-33

**3.21. Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme
„Abbrüche nach Duldungsverfahren – Abbruch Julius-Fucik-Straße 23“
Drucksachenummer: 0877/2023**

Herr Markus Löffler, Leiter Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Stadtrat Ingo Eckardt, FDP-Fraktion, bittet darum, dass künftig Fotos von solchen Gebäuden gezeigt werden sollen um nachzuvollziehen, wo sich diese Gebäude befinden.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 130.000,00 EUR für die Maßnahme „Abbrüche nach Duldungsverfahren - Abbruch Julius-Fucik-Straße 23“ (Maßnahmennummer 18Z-000111).

**Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 46/23-34**

4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion DIE LINKE, spricht die Stadtteilbegehung in der Südvorstadt an. Im Vorfeld dieser Ortsbegehung gab es seiner Meinung nach ein Online-Forum. Die dort eingebrachten Anliegen der Bürger wären bei der Stadtteilbegehung nicht berücksichtigt worden.

Stadtrat Schwarz bittet darum, den konkreten Vorhabenteil (Spieleplatz auf dem Dillnerplatz, evtl. Neubau Findeisenstraße, Reinsdorfer Park) aufzulisten.

Er möchte wissen, was hier konkret geplant ist und wie auf die online eingebrachten Bürgeranliegen eingegangen wurde.

Oberbürgermeister Zenner bittet in dieser Angelegenheit um Geduld und Verständnis. Im Nachgang der o. g. Stadtteilbegehung wird noch eine Einwohnerversammlung stattfinden.

Derzeit wird überlegt, welche Entscheidung die bessere ist (Dillnerplatz oder Reinsdorfer Park)
Das Ergebnis soll in der Einwohnerversammlung vorgestellt werden.

Erst danach erfolgt die schriftliche Beantwortung der oben aufgeführten Anfrage von Stadtrat Schwarz.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE; bezieht sich auf einen Presseartikel zum Gewerbegebiet Oberlosa – Verbau von Altmaterial. Es wurde vor ca. 1 Jahr eine Anfrage an das Landratsamt Vogtlandkreis gegeben, weil sich ein Bewohner beschwert hatte. Damals wurde mitgeteilt, dass alles in Ordnung sei. Nunmehr steht in der Presse, dass die Staatsanwaltschaft ermittelt.

Stadträtin Rank fragt nach, gegen wen ermittelt wird und ob der Stadt Plauen hierdurch Schaden entstehen könnte.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass gegen „Unbekannt“ ermittelt wird. Zum Stand des Verfahrens kann er keine Auskunft geben, weil es das Landratsamt Vogtlandkreis tangiert.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, teilt mit, dass in den letzten Wochen an verschiedenen Stellen der Stadt Plauen Feuerwerke gezündet wurden. Er fragt nach, wie viele dieser Feuerwerke genehmigt waren und was die Stadt Plauen gegen nicht angemeldete Feuerwerke unternimmt.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, führt aus, dass nach der Schließung einer weiteren Kinderarzt-Praxis in Plauen nunmehr die Eltern teilweise nach Reichenbach geschickt werden. Dies betrifft ihn persönlich auch.

Die Kassenärztliche Vereinigung sei der Meinung, dass es in Plauen eine Überversorgung an Kinderärzten gäbe. Stadtrat Rust fragt nach, ob der Stadt Plauen dieser Punkt bekannt ist und ob Oberbürgermeister Zenner mit der Kassenärztlichen Vereinigung Kontakt aufgenommen hat, um hierüber zu sprechen.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass die Kassenärztliche Vereinigung den so genannten Sicherstellungsauftrag hat. Sie ist gesetzlich verpflichtet, für ausreichende Ärzteversorgung in den verschiedenen fachspezifischen Gremien zu sorgen. Die Stadt Plauen wäre mindestens ausreichend versorgt. Oberbürgermeister Zenner empfiehlt Stadtrat Rust, auf der Homepage der Kassenärztlichen Vereinigung nachzuschauen. Dort müssten die Versorgungsgrade für die Stadt Plauen aufgeführt sein. Derzeit gäbe es wohl nur eine Unterversorgung bei Augenärzten.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Jörg Schmidt
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Peggy Glaß
Schriftführerin

André Bindl